

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Innen- und Rechtsausschuß

85. Sitzung

am Mittwoch, dem 21. April 1999, 10:15 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Heinz Maurus (CDU)

Birgit Küstner (SPD)

Klaus-Peter Puls (SPD)

Peter Zahn (SPD)

Thorsten Geißler (CDU)

Klaus Schlie (CDU)

Monika Schwalm (CDU)

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)

Vorsitzender

in Vertretung von Helmut Plüschau

Weitere Anwesende

siehe Anlage

Tagesordnung:	Seite
1. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesmeldegesetzes	5
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/1216	
hierzu: Umdrucke 14/1623, 14/1648, 14/1711 bis 14/1713, 14/1790, 14/1791, 14/1841, 14/1862, 14/1878 bis 14/1880, 14/1885, 14/1918, 14/1938, 14/1947, 14/2007, 14/2553, 14/2728	
2. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsstellung und Finanzierung der Fraktionen im Schleswig-Holsteinischen Landtag (FraktionsG)	6
Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, CDU, F.D.P., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW Drucksache 14/1962 (neu)	
3. a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Landesbauordnung für das Land Schleswig-Holstein	7
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU Drucksache 14/1130	
Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 14/1149	
b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Landesbauordnung	
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/2040	
4. Entwurf eines Gesetzes über die Aufnahme von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern sowie ausländischen Flüchtlingen (Landesaufnahmegesetz - LAaufnG)	8
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/2020	

-
5. **Stellungnahme zu den Verfassungsbeschwerden gegen § 95 Abs. 2 des Landesbeamtengesetzes des Landes Schleswig-Holstein und § 12 Landesbesoldungsgesetz des Landes Schleswig-Holstein in der durch das Haushaltsbegleitgesetz 1998 geänderten und seit dem 1. März 1998 geltenden Fassung (GVOBl. Schl.-H. 1998, S. 37 ff.)** 9
- Schreiben des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages vom 13. April 1999
Umdruck 14/3235
6. **Verlagerung von Landesaufgaben auf Dritte** 10
- Große Anfrage der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/1702
- Antwort der Landesregierung
Drucksache 14/2031
7. **Stand der organisatorischen und institutionellen Zusammenlegung des Datenschutzes für den öffentlichen und den privaten Bereich in Schleswig-Holstein** 11
- Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/1933
8. **Verschiedenes** 12

Der Vorsitzende, Abg. Maurus, eröffnet die Sitzung um 10:15 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesmeldegesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1216

hierzu: Umdrucke 14/1623, 14/1648, 14/1711 bis 14/1713, 14/1790,
14/1791, 14/1841, 14/1862, 14/1878 bis 14/1880,
14/1885, 14/1918, 14/1938, 14/1947, 14/2007, 14/2553,
14/2728

(überwiesen am 18. Februar 1999)

Der Vorsitzende schlägt vor, schriftliche Stellungnahmen der kommunalen Landesverbände und des Innenministeriums zu dem Änderungsantrag, Drucksache 14/2061, einzuholen. - Der Ausschuß stimmt dem einmütig zu.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsstellung
und Finanzierung der Fraktionen im Schleswig-Holsteinischen Landtag
(FraktionsG)**

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, CDU, F.D.P., BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW
Drucksache 14/1962 (neu)

Der Vorsitzende schlägt vor, die Ausführungen des Präsidenten des Landesrechnungshofs, Umdruck 14/3177, zur Kenntnis zu nehmen und in einem späteren Beratungsverfahren zu berücksichtigen. - Der Ausschuß stimmt dem zu.

Er beschließt sodann einstimmig, dem Landtag zu empfehlen, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Landesbauordnung für das Land Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 14/1130

Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/1149

(überwiesen am 10. Dezember 1997)

b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Landesbauordnung

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/2040

(überwiesen am 24. März 1999)

Verfahrensfragen

Der Vorsitzende schlägt vor, sowohl eine schriftliche als auch eine mündliche Anhörung durchzuführen. - Der Ausschuß stimmt dem zu.

Als Termin zur Abgabe der schriftlichen Stellungnahmen wird der 1. Juli 1999 festgelegt. Die mündliche Anhörung soll nach der Sommerpause des Landtags stattfinden. In Aussicht genommen wird Donnerstag, der 2. September 1999.

Der Kreis der Anzuhörenden soll binnen einer Woche gegenüber der Geschäftsführerin des Ausschusses benannt werden.

Abg. Puls bittet das Innenministerium, dem Ausschuß die vorliegenden Stellungnahmen zum Referentenentwurf zuzuleiten.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes über die Aufnahme von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern sowie ausländischen Flüchtlingen (Landesaufnahmegesetz - LAaufnG)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/2020

(überwiesen am 24. März 1999)

Verfahrensfragen

Der Ausschuß beschließt auf Vorschlag des Abg. Schlie, eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Als Termin, bis zu dem die Stellungnahmen vorliegen sollen, wird der 7. Juni 1999 festgelegt.

Der Kreis der Anzuhörenden soll gegenüber der Geschäftsführerin bis zum 28. April 1999 benannt werden.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Stellungnahme zu den Verfassungsbeschwerden gegen § 95 Abs. 2 des Landesbeamtengesetzes des Landes Schleswig-Holstein und § 12 Landesbesoldungsgesetz des Landes Schleswig-Holstein in der durch das Haushaltsbegleitgesetz 1998 geänderten und seit dem 1. März 1998 geltenden Fassung (GVOBl. Schl.-H. 1998, S. 37 ff.)

Schreiben des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages vom
13. April 1999
Umdruck 14/3235

Der Ausschuß empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen der SPD bei Enthaltung der CDU, eine Stellungnahme abzugeben, darin zum Ausdruck zu bringen, daß der Landtag die angefochtenen Bestimmungen nicht für verfassungswidrig hält sowie den Präsidenten des Landtages zu beauftragen, einen Prozeßbevollmächtigten zu bestellen.

(Unterbrechung: 10:30 bis 11:45 Uhr)

Punkt 6 der Tagesordnung:

Verlagerung von Landesaufgaben auf Dritte

Große Anfrage der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/1702

Antwort der Landesregierung
Drucksache 14/2031

(überwiesen am 24. März 1999 an den **Finanzausschuß**, den Innen- und
Rechtsausschuß und den Wirtschaftsausschuß zur abschließenden Beratung)

Abg. Kubicki empfiehlt, die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage zur Kenntnis zu nehmen. - Der Ausschuß beschließt in diesem Sinne.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Stand der organisatorischen und institutionellen Zusammenlegung des Datenschutzes für den öffentlichen und den privaten Bereich in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/1933

(überwiesen am 26. Februar 1999)

Abg. Geißler legt dar, innerhalb seiner Fraktion bestehe noch Beratungsbedarf. Außerdem bestehe Fragebedarf an den Innenminister zu dem von ihm vorgelegten schriftlichen Bericht, Umdruck 14/3253. Er beantragt Vertagung. - Der Ausschuß stimmt dem einstimmig zu.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Der Vorsitzende gibt bekannt, daß der Justizminister dem Ausschuß einen Bericht der Staatsanwaltschaft Kiel im Zusammenhang mit dem Ermittlungsverfahren gegen einen inhaftierten Richter zugeleitet habe. Er trägt vor, dieser sei im Ausschußbüro einzusehen.

Der Vorsitzende gibt ferner bekannt, daß der Innenminister an der geplanten Anhörung des Innen- und Rechtsausschusses zum Thema Mißbrauch durch Aggressionszüchtung und Aggressionsdressur bei Hunden nicht teilnehmen könne und auf seine schriftliche Stellungnahme verweise.

Der Vorsitzende, Abg. Maurus, schließt die Sitzung um 11:50 Uhr.

gez. Heinz Maurus
Vorsitzender

gez. Petra Tschanter
Geschäfts- und Protokollführerin